

Rede von Bürgermeisterin Marion Dirks zur Einbringung des Haushaltsplanes 2025

am 29. Oktober 2024

-es gilt das gesprochene Wort –

Liebe Billerbeckerinnen, liebe Billerbecker

verehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

ich bringe heute für das Jahr 2025 einen Haushalt ein, der unter den gegenwärtigen Herausforderungen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen steht. Es ist ein Haushalt, der nicht nur Zahlen und Beträge umfasst, sondern das tägliche Leben, die Zukunft unserer Stadt und die Unterstützung der Menschen, die hier leben, in den Mittelpunkt stellt.

Wir leben in einem Land, das hohe Standards in vielen Bereichen bietet – sei es in der Bildung, der Gesundheitsversorgung oder der sozialen Sicherheit. Diese Standards sind das Ergebnis harter Arbeit und eines starken sozialen Zusammenhalts. Doch sie bringen auch hohe Sozialausgaben mit sich, die nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch in unseren Kommunen spürbar sind.

Besonders die Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist herausfordernd. Laut dem Städte- und Gemeindebund können viele Städte und Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen.

Im Jahr 2023 mussten die Kommunen erstmals seit 2011 wieder ein Gesamtdefizit von 6,8 Milliarden Euro hinnehmen. Zwischen 2012 und 2022 gelang es den Kommunen noch, durchweg Überschüsse zu erzielen, wenn auch manchmal nur durch Buchungshilfen in Sachen Corona und Ukraine. Die kommunale Verschuldung in den Kernhaushalten stieg um 3,2 Prozent auf 49,3 Mrd. Euro. Etwa 70 Prozent der Städte und Gemeinden in NRW berichten von finanziellen Engpässen. Die Ausgaben für soziale Leistungen, Bildung und Infrastruktur steigen kontinuierlich, während die kommunalen Steuereinnahmen oft hinter den Erwartungen zurückbleiben. Diese Situation ist alarmierend und erfordert unser aller Aufmerksamkeit.

Als Bürgermeisterin von Billerbeck möchte ich betonen: Die Kommunen sind der Maschinenraum der Demokratie. Wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker einmal sagte: „Die Städte sind die entscheidenden Lebensräume der Menschen. Hier wird das soziale Leben gestaltet, hier finden Integration und Teilhabe statt.“ Wenn unsere Kommunen nicht funktionieren, leidet die gesamte Gemeinschaft. Leider sehen wir seit Jahren, dass immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abgeladen werden, ohne dass die dazugehörige Finanzausstattung gewährleistet ist.

Ein anschauliches Beispiel sind die gesetzlichen Anrechte auf einen Kita- und OGS-Platz, die wir allen Familien bieten müssen. Auch die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen ist eine herausfordernde Aufgabe, die uns vor immense Hürden stellt. Die Verwaltung dieser Aufgaben wird zunehmend durch bürokratische Auflagen und neue

Regularien erschwert, und das, ohne dass die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

In manchen meiner früheren Reden habe ich betont, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem haben. Doch mittlerweile müssen wir leider feststellen, dass wir sowohl steigende Ausgaben als auch schrumpfende Einnahmen haben. Die Kosten für Personal und Sachleistungen steigen rasant, und die ausufernden Sozialleistungen, die vom LWL über den Kreis auf uns übertragen werden, belasten unsere Haushalte zusätzlich.

Die aktuelle Herbststeuerschätzung fällt verhalten aus, und aus der Wirtschaft kommen alarmierende Signale: Hohe Energiepreise und Bürokratie treiben die Produktionskosten in die Höhe. Das alles kann und darf nicht so weitergehen. Wir stehen vor einem harten Schnitt. Es ist entscheidend, dass wir uns ernsthaft die Frage stellen: Was kann der Staat leisten, ohne die kommenden Generationen mit Schulden zu belasten?

Ein weiterer Aspekt, den ich ansprechen möchte, sind die Fördermittel. Diese erscheinen oft als Lösung, um die Herausforderungen zu bewältigen, und bieten uns eine Möglichkeit, dringend benötigte Projekte umzusetzen. Doch der Einsatz von Mitarbeitenden für die Erarbeitung und Abarbeitung der Förderprogramme bindet Ressourcen, die wir an anderer Stelle dringend benötigen. Es entsteht der Eindruck, dass durch Förderprogramme das Subsidiaritätsprinzip umgangen werden soll, indem Aufgaben übertragen werden, ohne die passende Finanzausstattung zu gewährleisten.

Wenn die Förderungen auslaufen, kommt aus der Bevölkerung der Ruf nach Fortführung – und wir, die Kommunen, stehen in der Pflicht. Daher meine klare Forderung: Förderprogramme sollten nur noch in Einzelfällen zur Anwendung kommen. Wir benötigen eine auskömmliche Finanzausstattung, die es uns ermöglicht, die Aufgaben dauerhaft und nachhaltig zu erfüllen, ohne uns auf temporäre Förderungen verlassen zu müssen.

Ich appelliere an alle hier Anwesenden: Diese Diskussion muss ehrlich und transparent geführt werden, und zwar auf allen Ebenen – im Bund, im Land und auch hier in unserer Stadt. Wir dürfen nicht vergessen, dass Sparmaßnahmen auf der Ebene von Bund und Land nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden dürfen. Wir können da nicht als „Ausfallbürge“ herhalten, so sinnvoll die eine oder andere Aufgabe auch sein mag. Auch wir in Billerbeck müssen uns kritisch mit unseren Ausgaben auseinandersetzen und prüfen, ob sie betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich sinnvoll sind.

Es ist wichtig, dass jeder versteht: Der Staat kann nicht in jeder Lebenslage für jeden Verantwortung übernehmen. Jeder von uns ist gefordert, seinen eigenen Beitrag zu leisten, unabhängig von der jeweiligen Lebenssituation.

Lassen Sie uns gemeinsam in diese Diskussion gehen und Lösungen finden, die für alle tragbar sind. Lassen Sie uns einen Weg finden, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu meistern – für die Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Dafür benötigen wir natürlich unsere Zahlen, die die Kämmerin mit ihrem Team mit Unterstützung aller Fachbereiche zusammengetragen und bewertet hat. Gerade die Bewertung und Einordnung sind nicht zu unterschätzende Aufgaben, die Jahr für Jahr wieder

mit Bravour erledigt werden. Daher schon jetzt mein Dank an Marion Lammers und alle, die sie unterstützt haben.

Zur Gesamtlage muss ich Ihnen eigentlich nicht viel sagen. Nachwirkungen der Corona-Pandemie, deutliche Wirkungen des immer noch tobenden Angriffskrieges auf die Ukraine, ein neuer Krisenherd im Nahen Osten. Wir fühlen mit den Menschen in diesen Ländern, sehen die Flüchtlingsströme und müssen dann doch ehrlicherweise sagen: Uns geht es hier mitten im Herzen Europas vergleichsweise gut. Das es so bleibt, liegt in unseren Händen und daher muss jeder an seiner Stelle verantwortungsvoll handeln. Wir erleben in unserem Land derzeit ein Erstarken der Rechtsextremen und viele reiben sich erstaunt die Augen. Ich ehrlicherweise nicht.

Es sind wir alle, die den Raum lassen für solches Gedankengut. Und es sind alle, die in der politischen Verantwortung sind, aufgerufen, ihren Elfenbeinturm zu verlassen und zu den Menschen aufs Land zu gehen, um mit ihnen ins Gespräch zu gehen. Klare nachvollziehbare Entscheidungen, die als gerecht empfunden werden, sind in dieser Situation erforderlich. Die Menschen müssen das Vertrauen wiedergewinnen, dass Deutschland mit Europa die Herausforderungen annehmen und zu einem Guten für uns alle wenden kann. Dazu gehören die Flüchtlingsbewegungen genauso wie der Umgang mit Bürgergeld, dazu gehört die Bürokratie als Kostentreiber, bezahlbare Energie, fundierte Bildung für unsere Kinder und vieles mehr auf einer Liste, die leider lang geworden ist.

Ein ziemlich gut greifbares Beispiel für die unzureichende Finanzierung sind unsere Kindertagesstätten. Schon seit vielen Jahren übernimmt die Stadt Billerbeck freiwillig zu einem sehr großen Teil die Betriebskostenanteile der Träger. Diese Zuschüsse betragen 2015 noch 203.000 Euro jährlich, in 2025 sind es 499.000 Euro. Über die Kreisumlage sind wir sowieso schon an den regulären kommunalen Kosten beteiligt

In Billerbeck haben wir jedoch einige besondere Vorteile, die uns in dieser herausfordernden Zeit unterstützen. Wenn es keine allgemeine Finanzierung gibt, mussten wir uns natürlich umfassend mit der Förderkulisse befassen. Und das machen wir seit Jahren. Dank des gezielten Abrufes von Fördermitteln konnten wir zahlreiche Investitionen in unsere Infrastruktur, unsere Schulen und unsere sozialen Einrichtungen tätigen. Diese Förderungen haben es uns ermöglicht, Projekte umzusetzen, die sonst vielleicht nicht realisierbar gewesen wären.

Ein wichtiger Bestandteil künftiger Investitionen wird der Klimaschutz sein. Die Sanierung von Bestandsgebäuden wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Ich freue mich ganz besonders über die Gründung unseres Nachhaltigkeitszentrums, das uns helfen wird, den Klimaschutz aktiv voranzutreiben. So werden Klimaschutz und Bildung für den Klimaschutz nicht mit erhobenem Zeigefinger vermittelt, sondern wir arbeiten Seite an Seite mit der Bürgerschaft und unserer weiterführenden Schule. Gemeinsam können wir ein Bewusstsein für nachhaltiges Handeln schaffen und die notwendige Veränderung in unserer Stadt vorantreiben. Die Wärmeplanung ist fürs nächste Jahr genauso vorgesehen wie eine Klimaschutzwoche und die Einführung und Umsetzung von Energiesparmodellen an Schulen.

Diese positiven Entwicklungen haben dazu geführt, dass unsere Ausgleichsrücklage gut gefüllt ist. Wir können mit Zuversicht in die Zukunft blicken, denn eine Haushaltssicherung droht in absehbarer Zeit nicht. Dies gibt uns den Spielraum, auch weiterhin in die

Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu investieren und unsere Stadt zukunftssicher zu gestalten. Allerdings sind die Einnahme- und Ausgabeschätzungen in diesen unruhigen Zeiten immer noch ein Blick in die Glaskugel.

Nun zu den Zahlen: Das Jahresplanergebnis 2025 weist einen Verlust in Höhe von knapp 1,7 Mio. Euro aus und liegt damit in etwa im Rahmen unserer ursprünglichen Planungen. Die Erträge belaufen sich auf 30,7 Mio. Euro, die Aufwendungen auf 32,4 Mio. Euro.

Unsere Steuererträge steigen im Plan noch um 7,6 Prozent, das ergibt ein Plus von 1,5 Mio. Euro. Immer gegenüber den ursprünglichen Planungen.

Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken steigen durch die Verschiebung von 2024 in 2025 um 15,9 Prozent, das sind 275.000 Euro. Die Finanzerträge steigen übrigens um 429 Prozent. Das ist der Zinssteigerung zu verdanken. Da sich Ausgaben für Investitionen verzögern, konnten wir das Geld gut anlegen und nehmen 370.000 Euro mehr an Zinsen ein.

Dafür belastet uns die 16,2prozentige Steigerung der Kreis- und Jugendamtsumlage um 2,1 Mio. Euro.

Wenn wir noch die Kosten der Unterkunft im Bereich des Bürgergeldes hinzuzählen, müssen wir in 2025 12,2 Mio Euro an den Kreis abführen, das sind fast 38 Prozent unserer gesamten Aufwendungen. Auch in diesem Jahr müssen wir deutlich machen, dass wir von den Entscheidungsträgern im Kreis einen sparsamen Umgang mit dem kommunalen Geld fordern. Wir wissen, dass auch der Kreis äußeren Einflüssen ausgesetzt ist, aber es ist wichtig, dass wir alle gemeinsam Verantwortung übernehmen, um die finanziellen Belastungen für unsere Städte und Gemeinden in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

Auch die Personalaufwendungen steigen leicht, aber stetig. In 2025 sind 6,4 Mio Euro angesetzt. Wir müssen nicht zuletzt wegen der Vielzahl der Geflüchteten-Unterkünfte den Bereich Hochbau verstärken. Da die Förderkulisse Citymanagement ausläuft, benötigen wir auch da personelle Verstärkung. Ich bin davon überzeugt, dass wir dauerhaft die Innenstadt im Blick haben müssen. Und das geht nicht ohne Menschen, die das tun.

Was uns auch immer mehr finanziell belastet, ist die Versorgung der Menschen mit Fluchthintergrund. In 2025 werden 951.000 Euro allein zu Lasten der Stadt gehen, weil Bund und Land auch diesen Bereich eben nicht auskömmlich finanzieren.

Trotz des Defizits erfüllen wir die Voraussetzungen eines ausgeglichenen Haushaltes, da wir für den Fehlbetrag die rechnerisch mit 24,8 Mio. Euro gut gefüllte Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden. Damit ist der Haushalt zwar nicht originär, aber fiktiv ausgeglichen.

Ob alles so kommt, ist schwer zu planen. In den vergangenen Jahren konnten wir das Ergebnis stets im Nachhinein verbessern. Doch darauf verlassen können wir uns nicht. Das größte Risiko ist die Gewerbesteuer. Denn die Stadt Billerbeck ist aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen nach wie vor abundant, bekommt also keine allgemeinen Finanzaufweisungen des Landes. Wir erwarten in 2025 8,3 Mio. Euro Gewerbesteuer, das entspricht in etwa unserem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Beide Summen machen knapp 54 Prozent unserer Gesamterträge aus.

Wir sind also mit diesem Haushalt finanziell lange nicht am Ende wie viele andere Kommunen und können unser Stadtleben weiter gestalten. Allerdings mit Bedacht und Augenmaß.

Bei unseren Steuersätzen schlagen wir vor, den Gewerbesteuersatz nicht anzutasten. Die Grundsteuer wird als Einnahme für die Stadt aufkommensneutral sein, wobei sich die einzelnen Zahlbeträge aufgrund der Grundsteuerreform ändern werden. Je nach festgestelltem Wert werden die Beträge höher oder niedriger sein. Die Steuersätze sollen in einer separaten Hebesatzsatzung festgelegt werden. Sie werden bei 531 Prozent bei der Grundsteuer A und bei 589 Prozent bei der Grundsteuer B liegen.

Ein wichtiger Punkt auch des Haushaltes 2025 sind die Investitionen. Im Rahmen von Förderungen und der Investitionszuschüssen des Landes sind auch in 2025 bereits beschlossene Investitionen geplant. Kredite sind auch diesmal nicht vorgesehen. So wird 2025 der barrierefreie Innenstadttumbau abgeschlossen. Das integrierte Handlungskonzept ist dann abgeschlossen. Der Neubau des städtischen Bauhofes steht ebenso im Plan wie die temporäre Erweiterung der Grundschule. Auch Investitionen in städtische Gebäude wie zum Beispiel in die Zweifachturnhalle sind zur Erhaltung des Vermögens und zur Erreichung der Klimaschutzziele nach und nach geplant. Zusätzliche Investitionen können ohne Kreditaufnahme nicht gestemmt werden, daher ist hier eine Verschiebung angesagt. Doch manches wird nicht zu verschieben sein.

Ob das Ziel, auf Kredite verzichten zu können erreicht werden kann, hängt allerdings von vielen Faktoren ab. So ist zum Beispiel die Situation der Unterbringung geflüchteter Menschen außerordentlich fragil. Keiner von uns weiß, wie viele Menschen uns in der Zukunft erreichen. Wenn uns keine Mietobjekte mehr zur Verfügung stehen, müssen wir im Zweifel eine andere Entscheidung treffen.

Wichtig für nachfolgende Generationen ist immer der Schuldenstand. Er konnte stetig abgebaut werden. So liegt der Schuldenstand (ohne Abwasserbetrieb) nun bei 3 Mio. Euro, das sind 263,56 Euro je Einwohner. Ohne die Kredite für die Übergangswohnheime und ohne das Darlehen „Gute Schule“, das vom Land getilgt wird, läge der Schuldenstand bei 127.15 Euro je Einwohner.

Alles in allem also eine gute Ausgangslage, um für die schwierigen wirtschaftlichen Zeiten, die auf uns zukommen, gewappnet zu sein.

Die wirtschaftliche Seite ist die eine, die gesellschaftspolitische die andere. Aber auch in diesem Bereich ist unsere Stadt gut aufgestellt. Mit großem Stolz habe ich an der Demo gegen Rechtsextremismus und an dem Fest der Kulturen teilgenommen. Billerbeck ist und bleibt bunt und ist geprägt von unglaublichem Engagement. Als Verwaltung versuchen wir, dieses Engagement zu unterstützen, wo es nur geht. Unser „Netzwerk selbstbestimmt leben“ in Billerbeck nimmt zum Beispiel richtig Fahrt und arbeitet sich gut ein. Es werden Vorschläge kommen, Mitglieder des Netzwerks als sachkundige Einwohner in Ausschüssen mitarbeiten zu lassen. Unser Familienmanagement hat gerade zum zweiten Vernetzungstreffen fürs Ehrenamt eingeladen. Im übergreifenden Netzwerk Älter werden in Billerbeck bieten wir nun einen Mittagstisch gegen die Einsamkeit an. Mit riesigem Erfolg.

Unser Ansinnen, die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Bürgerschaft zu verankern, ist sehr gut aufgegangen, Das schon angesprochene Nachhaltigkeitszentrum hat eine Heimat gefunden und arbeitet, unterstützt vom Klimaschutzmanagement, viele Themen auf. Wer noch nicht da war, freitagnachmittags ist offen und mitgearbeitet werden kann auch.

Eines der in diesen Tagen kritisch diskutierten Themen ist der weitere Ausbau der Windkraft. Es ist kein Geheimnis, dass ich gemeinsam mit unserer Stadtplanung den jetzt geplanten Schritten kritisch gegenüberstehe. Wir haben unsere Hausaufgaben schon mit der Konzentrationsplanung gemacht. In mancher Kommune im Kreis Coesfeld steht bis heute kein einziges Windrad. Im ganzen Münsterland wurde der vorgegebene Flächenbeitragswert schon erreicht. Ziehen nur erst einmal die windradlosen Kommunen nach, würde er schon bei weitem übertroffen werden. Was sollen dann noch zum jetzigen Zeitpunkt diese immensen Investitionen unter Herabsetzung der Schutzgüter Mensch, Erholung, Natur und Stadtbild?

Natürlich habe ich Verständnis für die Investoreninteressen. Allerdings sind Windräder nicht irgendwelche Investitionen, sondern prägen Billerbeck und die Baumberge jahrzehntelang maßgeblich. Und das in einer Situation noch nicht ausgebauter Netze und fehlender Speichermöglichkeiten. Es gibt Kommunen, die deutlich vorangehen und es gibt Kommunen, die sich Sorgen um ihre Stadtentwicklung machen. Zu welcher Gruppe man gehört, hängt im Wesentlichen von möglichen Investorengruppen und der Haltung von Grundstückseignern ab.

Daher noch einmal mein Appell. Wir müssen dieses Thema behutsamer angehen, Kompromisse finden und Billerbeck gemeinsam entwickeln. Ich habe große Sorge, dass das Verlassen des in den letzten 20 Jahren immer wieder gefundene Kompromisspfades zu einer nachhaltigen Spaltung führt, die auch andere gesellschaftliche Bereiche überschatten kann.

Natürlich wissen wir alle, dass Strom nicht (nur) aus der Steckdose kommt. Dennoch müssen die Lasten des Ausbaus regenerativer Energien gleichmäßig übers Land verteilt werden. Es ist nicht von nationalem Interesse, unsere Stadt in dem jetzt geplanten Maße zu verändern.

Und nein, Windkraftanlagen retten auch unseren Haushalt nicht. Derzeit zahlen die Betreiber von zwölf vorhandenen Windkraftanlagen bereits eine freiwillige Zahlung an die Stadt. Diese Zahlung ist für neue Windkraftanlagen verpflichtend. Für die zwölf Anlagen sind im Haushalt 2025 55.000 Euro angesetzt. Als Gewerbesteuerzahlerinnen sind die Betreibergesellschaften nicht auffällig.

Alles in allem enthält der Haushaltsplan 2025 erwartbare Aussagen, die niemanden überraschen werden. Die wichtigste Frage, die zu klären ist: Wann kommt es endlich zu einem Wechsel des Systems, immer wieder neue Aufgaben und Ausgaben zu generieren, die dann auf den Schultern der Kommunen landen, die sich nicht wehren können und immer weiter ins Minus getrieben werden. Egal, wo wir als Kommunen dieses Thema vortragen: Es wird angehört, aber es ändert sich nichts.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ein besonderes Augenmerk auf das großartige ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt legen. Ihr Einsatz, insbesondere gegen Rechtsextremismus und für ein respektvolles Miteinander, ist von unschätzbarem Wert. Es ist beeindruckend zu sehen, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich aktiv für Toleranz und Vielfalt

einsetzen. Dieses Engagement stärkt unseren Zusammenhalt und unsere Gemeinschaft. Dafür danke ich Ihnen von Herzen!

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat treffend formuliert: „Die Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes.“ Ohne die engagierte Arbeit vor Ort, ohne unsere Städte und Gemeinden, wäre die Stimmung in Deutschland deutlich schlechter. Wenn wir an die zahlreichen Herausforderungen denken, die wir hier bewältigen, wird klar, dass wir als Kommunen die Basis für den sozialen Frieden und die Stabilität in unserem Land bilden.

In Zeiten, in denen die Regierung in Berlin scheinbar kopflos agiert, sind wir es hier in den Kommunen, die die realen Probleme der Bürgerinnen und Bürger im Alltag lösen. Wir sind der erste Ansprechpartner, wenn es um soziale Dienstleistungen, Bildung oder Infrastruktur geht. Ohne die Arbeit und das Engagement der Kommunen wäre die Lage ungleich schwieriger, und die gesellschaftliche Stimmung wäre erheblich schlechter.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir als Stadtverwaltung auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Gemeinsam können wir Lösungen finden, die sowohl den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger als auch den finanziellen Rahmenbedingungen gerecht werden. Lassen Sie uns den Dialog fortsetzen und gemeinsam an einem Billerbeck arbeiten, das für alle lebenswert ist.

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die sich in den vergangenen Jahren für unsere Stadt eingesetzt haben – sei es im Ehrenamt, in der Politik oder in der Verwaltung. Gemeinsam sind wir stark, und gemeinsam können wir auch die kommenden Herausforderungen meistern.

Ich freue mich auf konstruktive Beratungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.